



## **Bischof Schwarz: EU Aktionsplan für Entwicklungshilfe umsetzen Utl: Koordinierungsstelle fordert in Österreich verbindliche Planung statt Kürzungen**

**Wien, 22. April 2010 - Die Koordinierungsstelle der Bischofskonferenz (KOO) begrüßt den 12 Punkte-Plan zur Überwindung der globalen Armut von EU-Entwicklungskommissar Andris Piebalgs. Zum Erreichen der Millennium Entwicklungsziele fordert die KOO konkrete Maßnahmen, einen langfristigen Stufenplan und gesetzliche Absicherung der Entwicklungshilfebudgets von der Österreichischen Bundesregierung.**

„1,4 Mrd. Menschen in Armut brauchen verlässliche Hilfe.“, erinnert **Bischof Dr. Ludwig Schwarz**, Vorsitzender der KOO. „Ein verbindlicher Stufenplan zur Erhöhung der Entwicklungszusammenarbeit, wie wir ihn seit Jahren fordern, wäre ein Schutzwall gegen Kürzungen der Mittel, wo sie am Dringendsten gebraucht werden.“, meint Bischof Schwarz angesichts der aktuellen Budgetdebatten. Entwicklungsorganisationen befürchten, dass Budgetkürzungen im Außenministerium zu Lasten der ohnehin extrem unterfinanzierten Entwicklungshilfe gehen werden. Österreich bekommt im EU- Bericht gemeinsam mit Portugal und Griechenland die „schlechtesten Noten“: weit unter dem EU Durchschnitt, die gesetzten Ziele außer Reichweite und eine Trend in die falsche Richtung.

Die KOO begrüßt, dass die EU nun strengere Vorgaben machen will: So sollen noch vor September in nationalen Aktionsplänen realistische, nachprüfbarere Ziele erstellt werden. Diese sollen einem Rechenschafts-Mechanismus der EU unterworfen werden. Österreich sollte sich ein Beispiel an Belgien nehmen, das das 0,7% Ziel der Entwicklungszusammenarbeit gesetzlich verankert hat und trotz Krise seine Ziele erreichen wird.

„Die Berichte zeigen: Entwicklungszusammenarbeit wirkt!“, sagt **Heinz Hödl, Geschäftsführer der KOO** und verweist auf positive Entwicklungen bei Grundschulbildung, Trinkwasserversorgung oder Kindersterblichkeit. „Aber sie kann nur im Zusammenspiel mit Politik und Wirtschaft wirken“, so Hödl: „Es braucht gleichzeitig den Kampf gegen Steuerflucht, damit eigene Einnahmen im Land bleiben.“ Die KOO begrüßt, dass das komplexe Zusammenspiel gemeinsamer Verantwortung von der EU angesprochen wird, fordert jedoch entschiedene konkrete Maßnahmen im Interesse der Entwicklungsländer, die auch Österreich als EU Mitglied mittragen müsse.

Österreich sollte beim Einsatz für eine Finanztransaktionssteuer nicht locker lassen, sondern andere EU Mitglieder mit den besseren Argumenten überzeugen: Dem doppelten Nutzen einer Finanztransaktionssteuer zur Krisenvorbeugung und Geldbeschaffung für Entwicklungs- und Klimafinanzierung.

Rückfragen richten Sie bitte an: Mag.<sup>a</sup> Hilde Wipfel, Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz Tel: 01/317 03 21 oder 0676 769 84 32; [www.koo.at](http://www.koo.at);